



Medienmitteilung

Datum: 31.08.2021

Öffentliche Finanzen: Rasche Erholung nach hohen Defiziten wegen Coronakrise

In den Jahren 2020 und 2021 führt die Covid-19-Pandemie zur grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterlässt tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. Mit rekordhohen Defiziten ist davon hauptsächlich der Bund betroffen, aber auch die Kantone und die Gemeinden schreiben rote Zahlen. Auch wenn die Schuldenquote im internationalen Vergleich tief bleibt, steigen die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte deutlich an. Im Zuge der einsetzenden Konjunkturerholung dürften für 2022 wieder Überschüsse verzeichnet werden.

Mit einer Überschussquote von 1,3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) erreichten die öffentlichen Haushalte **2019** das beste Ergebnis seit 2008. Bund, Kantone und Sozialversicherungen erzielten Überschüsse, wobei der Bund mit 0,8 % den höchsten Saldo auswies.

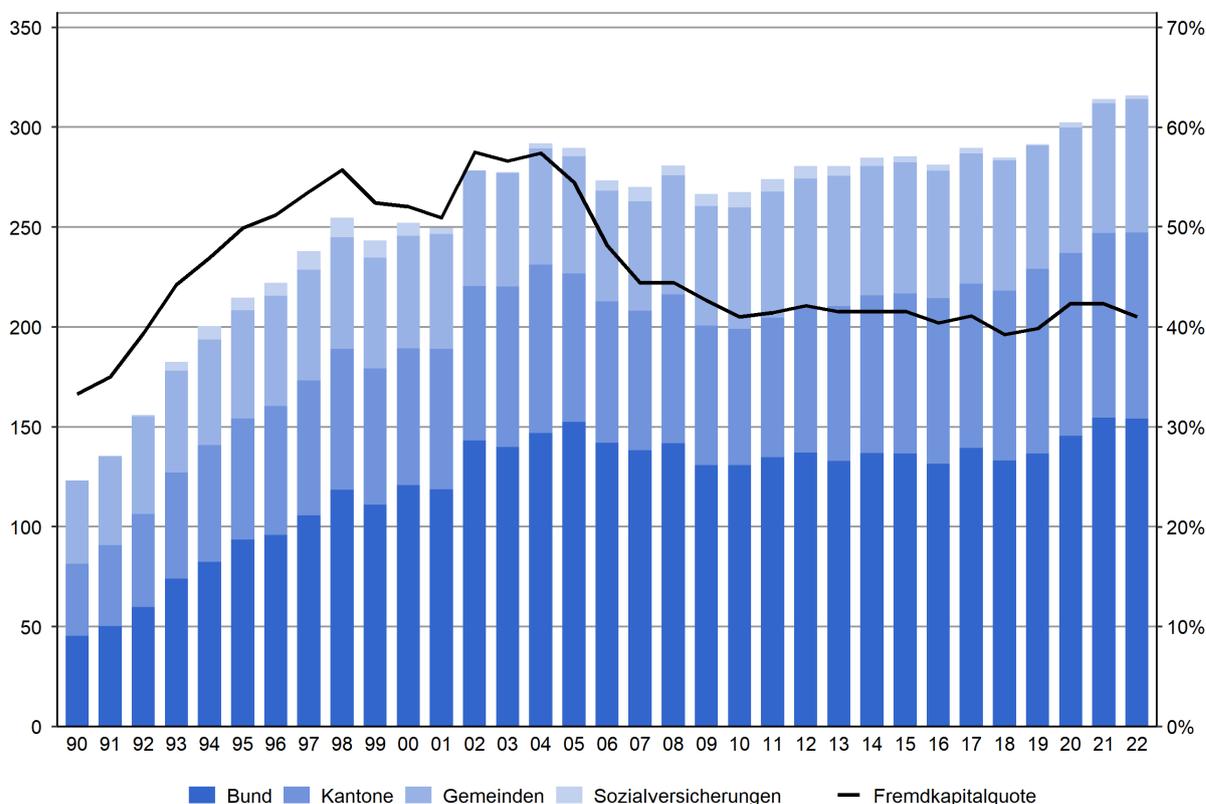
In den beiden Folgejahren 2020 und 2021 hinterlassen die Covid-19-Pandemie und die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen deutliche Spuren in den öffentlichen Finanzen. **2020** führten stark steigende Ausgaben in den meisten Teilsektoren und hohe Steuerausfälle beim Bund zu einem Defizit von 2,8 % des BIP. Die Kosten der finanzpolitischen Massnahmen insbesondere auf Bundes-, aber auch auf Kantonsebene beliefen sich auf rund 17 Milliarden Franken.

Aufgrund der langanhaltenden Pandemie-Situation wurden auch für das laufende Jahr **2021** umfangreiche Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen beschlossen u.a. Härtefallmassnahmen von Bund und Kantonen. Für den Gesamtstaat dürften diese Massnahmen erneut 17 Milliarden erreichen. Angesichts der gleichzeitig rückläufigen Fiskalerträge bei den Kantonen und Gemeinden bleibt damit die Belastung für die öffentlichen Haushalte sehr hoch. Das Defizit dürfte beim Gesamtstaat voraussichtlich auf 2,2 % des BIP zu liegen kommen.

Im Zuge der voranschreitenden Konjunkturerholung dürfte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte **2022** normalisieren. Bund, Kantone und Sozialversicherungen dürften wieder positiv abschliessen, beim Gesamtstaat ist ein Überschuss von 0,6% zu erwarten.

Angesichts der hohen Defizite muss 2020 und 2021 in allen Teilsektoren mit einem Anstieg der Verschuldung gerechnet werden. Die **Schuldenquote**, gemessen an der Fremdkapitalquote, dürfte 2021 42,3 % des BIP erreichen und sich im Folgejahr auf 41% zurückbilden. Bei der Maastricht-Schuldenquote ist ein Anstieg auf 28,1 % zu erwarten. Auch sie geht 2022 leicht zurück auf voraussichtlich 27,3%.

Schuldenentwicklung: Fremdkapital 1990-2022 in Milliarden Franken für alle Teilsektoren (linke Skala) und in % des BIP für den Gesamtstaat (rechte Skala)



Risiken: Die grössten Unsicherheiten für die öffentlichen Finanzen bestehen in Bezug auf den weiteren Verlauf der Pandemie. Sollten die Schweiz oder ihre wichtigsten Handelspartner von weiteren Pandemiewellen getroffen werden, die einschneidende Massnahmen nach sich ziehen, könnte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte wieder eintrüben. Im Gegenzug könnten die Defizite geringer ausfallen, wenn bei einem günstigen Verlauf der Pandemie die Schutzmassnahmen und die umfangreichen wirtschaftlichen Hilfen früher beendet werden könnten.

Die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) veröffentlicht mit dieser Publikation die definitiven Resultate für das Jahr 2019 sowie Schätzungen und Prognosen für die folgenden sechs Jahre über die Finanzlage der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen).

Für Rückfragen:

Philipp Rohr, Verantwortlicher Kommunikation EFV
Tel. +41 58 465 16 06, philipp.rohr@efv.admin.ch

Folgende Beilagen finden Sie als Dateianhang dieser Mitteilung auf www.efv.admin.ch:

- Kurzbericht zur Finanzstatistik
- Detaillierte Daten der Finanzstatistik
- FAQ